

Politik



Wenn die Bundesregierung so weiter macht, werden einige Menschen bald ohne Zähne durch die Gegend laufen

Seite 2

Buch



Auch ohne FCKW, Kohlendioxid und mit Dosenpfand zerstört der Mensch im Kapitalismus die Natur

Seite 3

Piraten



Wer sich CDs am liebsten aus dem Internet zieht, wird damit in Zukunft größere Probleme bekommen

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Neuer AStA im Amt Hat die Partei immer recht?

Wie jedes Jahr nach den Wahlen zum Studierendenparlament fanden auch in diesem Februar wieder zähe und oftmals entspannte Koalitionsverhandlungen hinter geöffneten Türen statt. Ziel dieser Unternehmung, zu der immer die aus den Wahlen als stärkste Liste hervorgehende Gruppierung einlädt, ist es, einen tragbaren und handlungsfähigen Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) zu bilden. Aufgabe des AStA als politische Vertretung der Studierenden ist es, die Interessen der Studierenden an der Universität offensiv zu vertreten. Darüber hinaus ist er neben den allseits aktiven Fachschaften Ansprechpartner für alle Studierenden bei Fragen des Studiums und der Orientierung an der Uni oder auch in Bochum.

Wie bei parlamentarischen Wahlen, die fest mit beiden Beinen auf der frei-

heitlich demokratischen Grundordnung stehen, üblich, finden sich zu den Verhandlungen immer die Listen zusammen, die eine Stimmenmehrheit im Studierendenparlament besitzen.

In diesem Jahr sind dies die Linke Liste (Lili) und die alternative Liste (al). Beide hatten bei den Wahlen im Januar jeweils 9 Sitze erlangt. Mit ihren zusammen 18 Sitzen verfügen diese beiden Listen bei insgesamt 35 ParlamentarierInnen also über eine satte Mehrheit von 18 zu 17 Stimmen. Zu den Wahlen war der bisherige Koalitionspartner Fachschaftsinitiative (F-S-I) nicht mehr angetreten, so dass eine Zusammenarbeit mit dieser Liste nicht mehr möglich ist. (Zu den Ergebnissen der Wahlen s. auch bsz Nr. 587) Schnell konnten sich die beiden Listen auf ein kluges und weitsichtiges Konzept für das kommende Jahr im AStA einigen. Somit konnte bereits am 5. März ein neuer AStA gewählt werden. Da die

al erstmals die meisten Stimmen, wenn auch nicht die meisten Sitze, auf sich vereinigen konnte, stellt sie mit Jan Reinecke den neuen Vorsitzenden. Durch seine Tätigkeit im Referat für Ökologie sammelte Jan bereits im letzten Jahr Erfahrung in der AStA-Arbeit. Stellvertretende Vorsitzende und darüber hinaus Finanzreferentin ist in diesem Jahr Kristin Schwierz von der Lili. Da sich die arbeitsteilige Gesellschaft auch im AStA immer größerer Beliebtheit erfreut, besteht der Vorstand des RUB-AStA dieses Jahr aus 4 Personen. Neben Jan und Kristin sind dies Gerd Krauß von der Lili und Mona Beumers von der al. Gerd war bisher langjähriger Redakteur der bsz (dem wir auch mehr als eine Träne nachweinen) und ist nun Referent für Hochschulpolitik. Mona war im letzten AStA Referentin für Internationale Hochschulpolitik und ist nun ins Ressort für Service und Soziales gewechselt.

Intensivierung der politischen Arbeit

Neben dem Vorstand existieren im diesjährigen AStA Referate für Hochschulpolitik, Service und Soziales, Kultur und Sport, Öffent-

lichkeitsarbeit und Kommunikation, Ökologie, Grund- und Freiheitsrechte, kritische Wissenschaften, Frieden und Antimilitarismus sowie Internationalismus. Über die Zielsetzungen und Projekte der einzelnen Referate könnt ihr euch ausführlich im pünktlich zu Semesterbeginn erscheinenden AStA-Info schlau machen. Wichtige Aufgabe auch dieses AStA wird wieder der lästige Kampf gegen die Studiengebühren sein. „Wir werden unseren Kampf gegen die Studiengebühren fortsetzen. Bis zur geplanten Einführung im April 2004 werden wir auf politischem Weg und durch Klagen versuchen, die unsozialen Gebührenpläne zu kippen“, machte Jan Reinecke das Hauptanliegen des neuen AStA im Interview mit der bsz unmissverständlich klar.

Weitere Widerlichkeiten

Doch gibt es daneben noch viele andere Widrigkeiten, die sich das universitäre und außeruniversitäre System so ausdenkt oder in die es aufgrund von „Sachzwängen“ getrieben wird. Eines dieser

Fortsetzung auf Seite 2

Konferenz der KultusministerInnen will Zugang zu Masterstudiengängen massiv einschränken Nach dem Bachelor ist Schluss!

Wie der bundesweite studentische Dachverband fzs mitteilte, wurde ihm ein Entwurf der Kultusministerkonferenz (KMK) für neue „ländergemeinsame Vorgaben“ für Bachelor- und Masterstudiengänge zugeleitet. In diesem ist vorgesehen, den Zugang zu Masterstudiengängen erheblich zu erschweren. Für die meisten StudentInnen wäre damit nach dem Bachelor Schluss. Der fzs ruft zu Protesten gegen diese Vorschläge auf und bietet dazu die Möglichkeit über seine Webseite Protestmails an die zuständigen Ministerinnen und Minister zu schicken.

Die Vorschläge für die neuen Strukturvorgaben unterscheiden sich vor allem in einer Zielvorgabe von den bisherigen: „Der Bachelor soll zum Regelabschluss werden, das heißt, dass die meisten StudentInnen nach dem Bachelor die Hochschule verlassen sollen“, erklärt Lars Schewe, Mitglied des Vorstands des fzs. „Damit werden alle Beteuerungen hinfällig, dass die Einführung der zweistufigen Studiengänge irgendwelcher hehren Ziele dient: Offensicht-

lich scheint es den KultusministerInnen nur darum zu gehen, schnöden Bildungsabbau zu betreiben.“ Dazu kommen noch restriktive Regelungen für sogenannte „nicht-konsequente“ Masterstudiengänge. „Wenn man nach dem Bachelor einen Studiengang studieren will, der nicht direkt auf den anderen Studiengang aufbaut, kann das BAföG wegfallen, obendrauf kommen noch Studiengebühren. Und um das zu rechtfertigen, wird einfach noch vorgeschrieben, dass man vorher mindestens ein Jahr außerhalb der Hochschule war“, beschreibt Lars Schewe die von den MinisterInnen diskutierten Hürden.

Befürchtungen bestätigt

Schon lange gab es Stimmen, die den Zugang zu den Masterstudiengängen reduzieren wollten, um ihre altmodischen Elitenvorstellungen durchzusetzen. „Mit einem demokratischen Bildungssystem und dem Recht auf Freiheit der Berufswahl hat dies nichts zu tun“, so Lars Schewe. Und es ist auch klar, dass so versucht wird Studiengänge an Universitäten einzurichten, die eigentlich Fachhochschulstudiengänge sind. „Anstatt dann über den Ausbau der Fachhochschulen zu diskutieren und zu überlegen, wie man einen

kritischen Praxisbezug in die Studiengänge einfließen lässt, werden weiter die Universitäten gegenüber den FHs bevorzugt und nur ein paar modische Schlagwörter in die Diskussion geworfen“, so Schewe.

Keine neuen Sackgassen-Bachelor

Beim fzs beklagt man des Weiteren, dass diese Diskussion trotz ihrer Bedeutung für die Zukunft des Hochschulsystems hinter verschlossenen Türen geführt werden sollte und fordert: „Was wir jetzt wollen, ist das klare Bekenntnis der Bundesländer, dass sie solchen Regelungen nicht zustimmen können.“ Und weiter: „Aber auch die einzelnen Hochschulen sind gefordert, wir fordern alle Hochschulen auf, solange keine weiteren Bachelor- oder Masterstudiengänge einzuführen, bis hier ein klarer Politikwechsel erfolgt ist“, so Schewe. Wer den Landesministerinnen und -ministern eine Protestmail senden möchte, kann dies am einfachsten über die fzs-Homepage (<http://www.fzs-online.org/>) tun.

**Gerd Krauß
(AStA-Referent für Hochschulpolitik)**

Der Text der KMK-Vorlage findet sich unter:
<http://www.fzs-online.org/file.php?id=85>

:bochumin kürze Stüber verpisst sich

Captain EO Stüber hat keine Lust mehr auf Bochum. Eine Rücktrittsforderung nach der nächsten saß er stur aus, um nun einfach zu verkünden, kein Bock mehr zu haben. Bernd Faulenbach, Geschichts-Prof der RUB sagt: „Ernst Otto hat jahrzehntelang Politik für Bochum und in Bochum erfolgreich gestaltet. Zweifello ist ihm die Partei zu [sic] großem Maße zu Danke verpflichtet.“

Wie wahr. Wenn Stüber nicht gewesen wäre, hätte diese Stadt vielleicht schon längst ein Antirassistisches Zentrum (az). Ob eine Zukunft ohne „dem Dicken“ rosiger wird, bleibt zwar abzuwarten, aber immerhin.

Folgen einer friedlichen Revolution

Das haben die Osis nun davon: 14 Jahre, nachdem sie sich vom Sozialismus der ganz unsozialistischen Art getrennt haben und den Kapitalismus heirateten, droht nun neues Ungemach. Groß



hingegen war die Freude bei den NOLympha-AktivistInnen aus Düsseldorf, als am letzten Samstag Leipzig zur deutschen Bewerberstadt für die Austragung der olympischen Spiele 2012 gewählt wurde. So einfallreichen Sprüchen aus der Werbemotormküste wie "Lust auf Leipzig" oder "Spiel mit uns" hatte sich keines der umgarnten NOK-Mitglieder entziehen können.

Vermutlich hatten aber auch alle schon genug Düsseldorfer Schnürsenkel und wollten sich lieber an Leipziger Allerlei laben. Zur Leipziger Bewerbung bemerkte der Vizepräsident des IOC etwa folgendes: "Man soll friedliche Revolutionen nicht allzu hoch hängen. Es geht hier um eine sportliche Entscheidung." Dieser Mann wird sich sicherlich nicht für das Dorf Leipzig, sondern für Städte wie New York, London, Moskau oder Rio de Janeiro aussprechen. Wie auch seine Kolleginnen bei der IOC, die Leipzig erstmal im Lexikon nachgeschlagen haben werden. Nordrhein-Westfalen hingegen könnte sich eigentlich freuen, da hier nun keine gigantischen und unnötigen Sportstätten, olympischen Dörfer oder auch Medienzentren gebaut werden müssen. Die bsz ist im übrigen der Meinung, dass olympische Spiele in Zukunft unter Ausschluss der Öffentlichkeit in der Sahara ausgetragen werden sollten. Dann gibt es nicht mehr alle vier Jahre vier Wochen lang so interessante Dinge wie Tontaubenschießen im Fernsehen zu bewundern. Aber wer hört schon auf eine StudentInnenzeitung.

Scheiße auf Schienen

Hurra, der Metrorapid rollt immer noch. Rot-Grün in NRW hat eine weitere Hürde auf dem Weg zur Verwirklichung des größten Geld-Rausschmisses in der Landesgeschichte überwunden. Im Planungsverfahren hatten bislang die beteiligten Regionalräte (Arnsberg, Düsseldorf und Münster) ein Vorankommen verhindert. Dafür war weniger inhaltliche Einsicht als parteipolitisches Taktieren ursächlich: Die Regionalräte sind nämlich schwarz-grün dominiert.

Nun hat die rot-grüne Koalition in Düsseldorf letzte Woche ein weiteres Mal ein Auseinanderbrechen wegen der Metrorapid-Frage nur verhindern können, indem sie die Regionalräte, die in Planungsfragen eigentlich ein Vetorecht haben, aushebelte. Sie sollen nun zwar konsultiert werden, mitentscheiden werden sie aber letztlich nicht dürfen.

Davon zunächst unberührt ist aber nach wie vor die Finanzierungsfrage. Das derzeit aktuelle Konzept, am 27. Januar 2003 von der Landesregierung vorgelegt, ist jedenfalls noch löchrig wie ein Schweizer Käse. Es geht nicht nur davon aus, dass in den kommenden Jahren nicht an den Metrorapid gebundene Bundesmittel für Verkehrsförderung in NRW ausschließlich für den Metrorapid eingesetzt werden, und sieht eine Verkürzung der Züge auf drei Waggons (ursprüngliche Planung: acht) vor, sondern hinterlässt unterm Strich auch nach wie vor ein Minus von 679 Millionen Euro. Noch aber gibt es einen Beschluss der Landesregierung, der es verbietet, weitere Landesmittel in den Metrorapid zu stecken. Mal sehen, was Steinbrück, Hohn & Co. sich einfallen lassen werden, um sich auch diesen Beschluss unbemerkt vom Hals zu schaffen ...

Entdecke die Fesseln

Nicht nur der bekannte schwedische Erotikversand, sondern auch die Bondage Studentinneninitiative e.V. helfen SM-AnhängerInnen aller Stilrichtungen, sich zu erregen und zu quälen. Bei der 5. Vollkontaktmesse im Keller des Audimax der Ruhr-Uni am 28. und 29. April (zwischen 9.30 und 16.30) ist dazu wieder reichlich Gelegenheit. Hunderte von AnhängerInnen dieser besonderen Spielart von Zärtlichkeit treffen sich dort, um neueste Trends, Gerätschaften und Methoden kennenzulernen, und sich so auf das spätere Berufsleben vorzubereiten. "Eingebettet in ein Rahmenprogramm (Bewerbungsmappencheck, Bewerbungstraining, Gründung einer eigenen Firma, usw.) in der Woche vom 22.-25. Mai gibt es auf der Messe wertvolle Hinweise zu Fragen der persönlichen Berufsplanung; wichtig ist hierbei vor allem, den Einklang zwischen Studium und späterem Beruf herzustellen." Warum die Uni diesen Perversen überhaupt Räume zur Verfügung stellt (und vieles mehr), erfahrt ihr unter <http://www.bonding.de/bochum/>

In diesem Sinne: „Studiert ihr noch, oder stöhnt ihr schon?“

Sozialkahltschlag der Bundesregierung Diese Parteien haben niemals recht

SPD und Grüne sind immer wieder für Überraschungen gut: Die Basis beider Parteien hat erzwungen, dass über die von Kanzler Schröder angekündigte weitere Durchsetzung eines brutalisierten Kapitalismus zumindest diskutiert werden darf. Nach zwei Angriffskriegen in einer Legislaturperiode, der Absicherung der Atomenergie auf Jahrzehnte, der historischen Aufkündigung der Parität zwischen Lohn und Kapital bei den Renten und unendlich vielen Unglaublickeiten wie dem Metrorapid, war gar nicht zu vermuten, dass es solche KritikerInnen in den Regiergsparteien ausgehalten haben.



Norbert Blüm, sechzehn Jahre lang Minister fürs Größte im Kabinett Kohl, erklärte ganz ehrlich: „Das hätte ich mich nicht getraut.“ Der CSU-Politologe Weidenfeld meinte kürzlich in der ARD-TV-Sendung „Report München“: „Hätte nicht Schröder, sondern die CDU/CSU ein solches Programm angekündigt, stände die Republik in Flammen.“ Angekündigt sind unter anderem:

- die „Zusammenlegung“ von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (d.h. die Streichung der Arbeitslosenhilfe),
- die Lockerung des Kündigungsschutz
- die weitere Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für die Arbeitsaufnahme – bei gleichzeitiger fast völliger Streichung der Fördermittel für länger Erwerbslose und Jugendliche
- die „Herausnahme“ von wichtigen Leistungen aus der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Im Gespräch sind unter anderem die Streichung des Krankengeldes und die Einführung einer privaten Unfallversicherung.
- Die Grünen wollen in ihrem Amoklauf gegen die angeblich zu hohen „Lohnnebenkosten“ auch die paritätische Finanzierung der GKV durch Arbeitende und UnternehmerInnen in Frage stellen (genannt „Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags“).

Die von Schröder angekündigten Einschnitte für Arbeitslose, im Gesundheitswesen und im Arbeitsrecht sind zweifelsohne die brutalsten und folgenreichsten, die je eine deutsche Nachkriegsregierung in Angriff genommen hat – es sind Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme, die vor ihm noch kein Bundeskanzler gewagt hat!

Auf jedwede Einforderung der „Sozialpflichtigkeit“ des Kapitals wird gänzlich verzichtet. Gleichzeitig wird der Druck auf die Opfer der Krise weiter erhöht: Ziel ist die Annahme unterwerflicher Arbeitsverhältnisse und damit die Verschärfung des gegenseitigen Konkurrenzkampfes um ein völlig unzureichendes Arbeitsplatzangebot.

Harter Hartz

Eine besonders brisante Konsequenz haben bei den Planungen (Hartz-Konzept) die sog. „Personal-Service-Agenturen“ (PSA). Sie bedeuten: Verarmung und Repression für Erwerbslose



und Beschäftigte. Denn die Erhöhung des Drucks bei gleichzeitiger Leistungsreduzierung bezweckt hauptsächlich eines: die Erwerbslosen (vor allem diejenigen, die länger ohne Job sind) mit allen Mitteln aus dem Leistungsbezug zu drängen. Dazu kursieren bereits – was vor kurzem noch kaum glaubhaft schien – Soll-Vorgaben für zu erzielende Sperrzeiten in den Arbeitsämtern! Eine Personalrätin des Bochumer Arbeitsamtes beschreibt, was das für die Praxis bedeutet: Den Arbeitslosen droht die „Verfolgungsbetreuung“.

Überdies zeigt die bisherige Praxis der Leiharbeit: In der Regel werden fast 40 % weniger als der Tariflohn bzw. als der ortsübliche Lohn gezahlt. Auf dem ersten Arbeitsmarkt werden kaum Arbeitsplätze geschaffen – aber alles läuft auf einen Austausch hinaus: auf den Austausch von Festangestellten durch LeiharbeiterInnen. Ostdeutschland ist das bisher größte und nahezu geschlossene Versuchsgebiet für einen Niedriglohnssektor. Hier wird fast flächendeckend 40 % unter Westniveau gezahlt. Dennoch geht der Arbeitsplatz-Abbau rasant weiter.

Ärger am 1. Mai

Selbst in Bochum, einem der traditionell Kanzler-treuesten Unterbezirke des SPD, gab es einen Aufstand. Die Schröder-Pläne wurden offen abgelehnt. Auch die noch konservativere IG-Metall hat ihren entschiedenen Widerstand gegen die Kanzler-Pläne angekündigt und auch schon demonstriert.

Vor diesem Hintergrund dürften die diesjährigen Kundgebungen zum 1. Mai ganz aufschlussreich werden. In Bochum, aber auch bei den Ruhrfestspielen in Recklinghausen, werden Protestkundgebungen im Rahmen der offiziellen 1.-Mai-Veranstaltungen geplant. Womöglich wird dies sogar zu einem richtigen Tag der ArbeiterInnenbewegung.

Paul Merker

Fortsetzung von Seite 1

Hat die Partei immer recht?

widerlichen Dinge ist etwa die zunehmende Präsenz von Neonazis in Bochum und Umgebung, welche sich etwa in einer erhöhten Zahl von Aufmärschen manifestiert: „Da auch Studierende der Ruhr-Uni den Anblick der Nazis ertragen müssen und auch einige ausländische KommilitonInnen von ihnen direkt bedroht werden, sehen wir es als Aufgabe des AstA an, aktiv zu werden gegen Nazis“, führte Jan Reinicke im Gespräch weiter aus. Auch die Pläne der Hartz, Rürup und sonstiger Kommissionen der Bundesregierung muss der AstA kritisch begleiten, da die getroffenen Maßnahmen Konsequenzen auch für Studierende haben.

Mehr Beratung, mehr Service

All die politische Arbeit an der Universität wird aber selbstverständlich nicht vom AstA alleine erledigt. Somit „wird auch dieser AstA Initiativen, die nicht rassistisch, sexistisch oder sonst wie diskriminierend ausge-

richtet sind, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen“, erläuterte Kristin Schwier die Haushaltsplanung des AstA. Darüber hinaus werden die Öffnungszeiten des Servicereferates und dessen Angebot weiter ausgebaut. Auch die bisher erfolgreich arbeitenden Beratungsangebote des AstA, wie Bafög- und Rechtsberatung, werden in diesem Jahr erweitert, „denn eine Konsequenz der drohenden Studiengebühren wird sicher sein, dass mehr verunsicherte StudentInnen eine Beratung benötigen werden“, so Kristin Schwier zu diesem Komplex. Die beiden Referate für Service und Hochschulpolitik sind somit auch konsequenterweise die beiden personell am besten besetzten Referate des diesjährigen AstA. Somit ist auch in diesem Jahr gewährleistet, dass der AstA ein wichtiger Vertreter studentischer Interessen auf dem Campus und um diesen herum sein wird.

Der Mensch und sein Verhältnis zur Natur

Ökologie, früher unter dem Namen Naturschutz ein eher konservatives und in den 1980er Jahren ein Modethema unter Linken, ist heute zumeist noch als Schmuckwort geläufig, das in jedem Gremium Platz findet. Niemand will sich schließlich nachsagen lassen, nicht „umweltfreundlich“ zu sein. Auch die Sozialwissenschaften, die ihre Bücher mittlerweile aus säurefrei gebleichtem Papier herstellen lassen, haben erkannt, dass die Gesellschaft auf etwas angewiesen ist, das weder mit ihr in eins noch als Natur dem sozialen Zusammenhang einfach entgegenzusetzen ist. Niklas Luhmanns Frage, ob sich die moderne Gesellschaft wie auf sonst alle Unwägbarkeiten auch auf ökologische Gefährdungen einstellen könne, aber vor allem: wie sie das bewerkstelligen will, hat Christoph Görg auf 300 Seiten vorläufig beantwortet.

Dass ein Staat sich heutzutage ein Resort für „Umweltpolitik“ leistet, zeigt, dass die moderne Gesellschaft sich sehr wohl auf ökologische Gefährdungen „einstellen“ kann – ohne indessen mit Maßnahmen wie zuletzt der Einführung von Dosenpfand ein so genanntes Umweltproblem wirklich in den Griff zu bekommen. Was bisher an umweltpolitischen Veranstaltungen auf den Weg gebracht wurde, hat vielleicht im Bewusstsein vieler Menschen etwas verändert, aber ganz offensichtlich nicht zum angekündigten „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ geführt.

Ökologie und Gesellschaft

Ökologie wird bis heute etwa wie folgt problematisiert: 1) was Ressourcennutzung und Schadstoffeintrag in die Umwelt und 2) das unkalkulierbare Risiko im Umgang mit bestimmten Technologien, voran Atomenergie und Gentechnologie, betrifft. Während ökologische Themen mitunter gerne als Anliegen der Menschheit diskutiert werden, erinnert Görg daran, dass das Ganze sehr wohl auch etwas mit Herrschaft und also mit Gesellschaft zu tun hat. Praktisch zeigt sich das daran, dass ökologische Verwüstungen nicht zufällig zuerst die Armutsregionen der Erde

heimsuchen, die selber von Weltmarkt und technologischem Fortschritt so gut wie ausgeschlossen sind.

Auch theoretisch hat Ökologie, wie sie Görg vorstellt, etwa mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen nur beiläufig zu tun. Eher wäre, wie bei jeder anderen Produktivkraft, zu fragen, wie dieses Wissen gesellschaftlich vernutzt wird. Die Beherrschung der Natur – eine ebensolche Naturnotwendigkeit menschlicher Existenz – ist bisweilen an eine Form von Rationalität gebunden, die auf Unterwerfung der Natur unter blinde Zwecke abzielt. Diese Rationalität allerdings ist kein genetischer Defekt der Gattung oder Ausdruck des menschlichen Sündenfalls, sondern die Rationalität der kapitalistischen Gesellschaft selbst. Ohne einen Begriff von Gesellschaft wird man auch von deren Umwelt keine verlässliche Vorstellung gewinnen.

Natur als ein Verhältnis

Der Ausdruck Naturverhältnisse, den Görg in Anlehnung an den marxischen Terminus von den Produktionsverhältnissen hier verwendet, erscheint geeignet, das Problem überhaupt einmal zu benennen. Denn weder tritt einfach die Natur dem Menschen gegenüber, sondern die Gesellschaft hat es stets schon mit einer gesellschaftlich bearbeiteten Natur zu tun, noch ist umgekehrt davon auszugehen, dass deshalb so etwas wie Natur in Gesellschaft oder Kultur rückstandslos verschwunden sei. Dem steht spätestens die Erfahrung einer ökologischen Krise entgegen, die dem scheinbar endlos prosperierenden Kapitalismus den Glauben an Steuerung und absolute Kontrolle über die Natur empfindlich verdorben hat. Ein zureichender Begriff von Gesellschaft müsste die Natur in sich einschließen, ohne sie darum in soziale Praxis aufzulösen. Die Natur, so Görg, sei als ein Implikat des Sozialen zu verstehen, die Gestaltung der Naturverhältnisse mithin an die Regulation gesellschaftlicher Verhältnisse gebunden.

Im Kapitalismus wächst kein Grün mehr

Um die bestehenden Möglichkeiten und Zwänge so genannter Umweltpolitik in etwa bemessen zu können, müssen Naturverhältnisse zunächst als Strukturproblem kapitalistischer Gesellschaften aufgefasst werden, insofern das Verhältnis der Menschen zu ihrer natürlichen Umwelt je schon in

Produktionsverhältnisse eingebunden ist. Ob die Menschen dereinst in Glück und Freiheit und einem – was immer das heißt – vernünftigen Verhältnis zu ihrer Natur leben werden, kann freilich keine Wissenschaft beantworten. Feststellen kann man aber, dass die moderne kapitalistische Gesellschaft eine nur vordergründig rationale Beziehung zur Natur unterhält, die sich bei genauerer Analyse als ein gefährlicher Selbstwiderspruch zu erkennen gibt. Denn das Kapital ist zwar auf die Natur unbedingt angewiesen, die es aber seiner eigenen Logik zufolge, nämlich auf Gedeih und Verderb akkumulieren zu müssen, immer weiter untergräbt. Geht man von dieser besonders grauen, weil leider zuverlässigen Theorie aus, steht zu erwarten, dass demnächst kein Grün mehr wächst.

In der praktischen Politik, die davon lebt, dass es einerseits Probleme gibt, für die aber andererseits immer auch patente Lösungen gefunden werden müssen, hat solches Raisonement verständlicherweise wenig Platz. Auf die von Görg ausgiebig referierten (und weit- hin kritisierten) Diskussionen darüber, wie eine mehr oder weniger schonende Regulation der Naturverhältnisse unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen aussehen könnte, sei nur pauschal verwiesen. Wichtiger als Umweltpfaffen, deren Resolutionen die Welt auch nicht retten, wenn nicht sogar zur Verklärung von Zuständen beitragen, die für den Großteil der Menschheit jeden Tag schon die Hölle sind, die andere mit umweltfreundlicher Farbe drohend an die Wand malen, ist für den Laien einstweilen die Einsicht, dass mit „nachhaltiger Globalisierung“ und Ähnlichem kein Blumentopf zu gewinnen ist.

Bei Schiller ist zu lesen, dass die Menschen „durch Vernunftfreiheit von der Natur abfallen müssen, ehe sie durch Vernunft zu ihr zurückkehren können.“ An solche Dialektik zum Guten glauben noch die wenigsten. Selbst der als Optimist bekannte Engels hat den Ausgang der Geschichte damals schon so vorausgesehen, dass die Erde „als tote Kugel ihren einsamen Weg durch den Weltraum“ nimmt. Es könnte, mit Verlaub, bald so weit sein.

Christoph Hesse

Görg, Christoph (2003) *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*. Münster: Westfälisches Dampfboot. 35 Euro.



Mittwoch, 23. April

INPUT – Antifa Themenabend: Zwischen Neoliberalismus und „Nationalem Sozialismus“

Innerhalb der extremen Rechten haben sich unterschiedliche Wirtschaftskonzeptionen herausgebildet. Neben der Propaganda für einen „nationalen Sozialismus“ weist die extreme Rechte auch eine neoliberal orientierte Wirtschaftsprogramm auf. In der Veranstaltung werden die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen beispielhaft erläutert und kritisch bewertet.

19.00 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Informationsveranstaltung: Rechtsrock II

Rechte Tendenzen in Hardcore/Hatecore Als neue Stilart erfreut sich „Hatecore“ in rechten Kreisen einer wachsenden Popularität. Der Vortrag wird die Entstehung von Hatecore als Genre der amerikanischen Hardcore-Szene und deren Entwicklung hin bis zur aktuellen Spielart im Rechtsrock aufzeigen.

19.00 Uhr, AZ Mülheim

Donnerstag, 24. April

Eine andere Welt ist möglich!

Prof. Dr. Jürg Huffschmidt: Ökologie – Global Players. Teil 2 der Veranstaltungsreihe von attac Bochum und VHS

19.00 bis 21.15 Uhr, VHS, Clubraum

Freitag, 25. April

Weglaufhaus Initiative Ruhrgebiet

Filmvorführung „Dialogues with Madwomen“ von Allie Light, ein Film von und mit psychiatrie-erfahrenen Frauen für psychiatrie-erfahrene und nicht psychiatrie-erfahrene Frauen und Männer

19.00 Uhr, WAGENI, Wallbaumweg 137

Samstag, 26. April

Demo: Weg mit dem rechten Soundtrack! Kein Raum der Nazimusk!

In Krefeld und dem Kreis Viersen gibt es eine aktive rechtsextreme Szene. Rechte Gewalttaten, nationalistische, rassistische und antisemitische Propaganda, offene Drohungen gegen Menschen auf der Straße und per Post stärken den alltäglichen gesellschaftlichen Rassismus. Mehr Infos unter: <http://www.anfifa-nrw.de>

14.00 Uhr, Krefeld Hbf

Fear of a Kanakplanet – HipHop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap

Rechte Einflüsse in der HipHop-Szene? Ist das nicht ein Widerspruch in sich? Offenbar nicht! Hannes Loh und Murat Güngör gingen in ihrem im August 2002 erschienenen Buch „Fear of a Kanakplanet“ der Sache auf die Spur. Auf der Veranstaltung machen sie mit Videos, Musik und Erzählungen eine Zeitreise zurück in die 50er Jahre und landen schließlich wieder in der Gegenwart beim Nazi-Battlerap. Eine Veranstaltung des Projekt Archiv und der Bildungscooperative Oberhausen (BiC) in Kooperation mit dem Jugend- und Kulturzentrum Druckluft und „Die übliche Zusammenkunft“

16.30 Uhr, Druckluft, Oberhausen

Konzert: Die übliche Zusammenkunft

- Ganove und seine Freunde (Oberhausen/ganoves.biz)
- Wirsdson (Aschaffenburg)
- Schattenkrieger (Schwelm-Gevelsberg/Malakas)
- TILT (Lippstadt/Lipptown)
- egocentrik & Kiblage (Hannover/G.U.P.)
- Diaspora (Bonn)
- Eintritt 3,- Euro
- Aftershow Party ab 00:00 Uhr.
- 19.30 Uhr, Druckluft, Oberhausen

Sonntag, 27. April

Bericht von der Frauenreise zu Newroz 2003 nach Kurdistan

17.00 Uhr, Bahnhof Langendreer, Raum 6

Geplante Zusammenlegung der Hamburger Unis

Zieh nach Hamburg oder zahl

Hamburgs StudentInnen machen erneut gegen die Pläne ihrer Wissenschaftsbehörde mobil. Mit Aktionswochen protestieren sie gegen das neue Hamburger Hochschulgesetz (HmbHG) und die Vorschläge der Dohnanyi-Kommission.

In der letzten Woche wurde die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) unter dem Motto „HWP in Bewegung“ bestreikt. Die HWP, an der auch Leute ohne Abitur relativ problemlos studieren können, soll nach den Plänen der Dohnanyi-Kommission, die viele böse Dinge mit den Hamburger Hochschulen bis 2012 vorhat, mit den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität zu einer neuen „school“ verschmelzen und nicht mehr als eigenständige Hochschule existieren. Um diesen

Plänen Nachdruck zu verleihen, hat die Behörde des Wissenschaftssenators Jörg Dräger einen Einstellungsstopp für die HWP verfügt. Am Donnerstag tagt das höchste Gremium der HWP. Hauptthema: Verschmelzung ja oder nein?

Zwangsheirat

An der Hamburger Universität soll eine Aktionswoche nach Ostern folgen. Auch dort richtet sich der Protest gegen die Vorhaben der Wissenschaftsbehörde. Die Universität soll in sogenannte „schools“ zerteilt werden. Eine

Art Fachbereiche mit größerer Autonomie, die sich leichter gegeneinander ausspielen lassen. So ist z.B. geplant, bei den Geistes-, Kultur-, und Sprachwissenschaften 50% der Studienplätze einzusparen. Dem Ganzen vorstehen sollen externe Hochschulräte, die explizit sonst keine Verbindungen zur Universität haben sollen. Eigentlich sollte das HmbHG schon Anfang April in der Bürgerschaft verabschiedet werden. Die SPD nutzt einen Formfehler, um die Verabschiedung des Gesetzes, das ihr auch nicht ganz gefallt, hinauszuschieben. Die endgültige Abstimmung findet wahrscheinlich Anfang Juni statt.

In der neuen Fassung des HmbHG sind Studiengebühren für „LangzeitstudentInnen“ (Regelstudienzeit plus vier Semester) und StudentInnen, die nicht in der Metropolregion Hamburg gemeldet sind, vorgesehen. Die

Exmatrikulation von missliebigen StudentInnen wird vereinfacht und die Selbstverwaltung der Uni beschnitten. Die SPD bemängelt vor allem eine fehlende Frauenquote und den verschärften Maulkorb für die Hamburger Ästen. Wolfgang Beuß (CDU und Mitglied im Wissenschaftsausschuss) wurde mit den Worten, es habe ihn „tierisch geärgert“, dass die Ästen sich zu Bambule geäußert hätten, zitiert. In einer Bürgerschaftsdebatte sahen CDU- und Schill-Hinterbänker die „Hintermänner der Bambule“ im Asta sitzen. Auch wenn es nicht verwundert, dass diese Abgeordneten nicht glauben, es hätten auch Frauen auf dem Bambule-Wagenplatz gewohnt, ist diese Verschönerungstheorie schon sehr abstrus. Doch was PolitikerInnen sich nicht alles ausdenken können, um Studiengebühren oder Maßnahmen gegen das politische Mandat der Ästen einzuführen, weiß man nicht zuletzt auch in NRW genau.





Es lebe die Privatkopie

Tod der Content-Industrie

Gesetzesnovellen sind immer dankbare Aufhänger für Artikel; die verschiedenen Meinungen zum Thema sind im Allgemeinen gut dokumentiert, bei der Recherche nach Hintergründen hilft die Lobbyarbeit der Interessenverbände, und bei der Suche nach Fehlern, Fehlentwicklungen und albernem Zitaten bietet sich meist der Gesetzestext selbst an. Bei der aktuell anstehenden Umsetzung des „Gesetzesentwurf zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ reicht der Platz aber grad mal, um ein wenig über die Hintergründe „geistigen Eigentums“, seine Entstehung und seine gesellschaftliche Funktion zu schreiben.

„Wir wollen deutlich machen, dass es Musik nicht umsonst geben kann und geben darf. Sonst ist die Pop-Vielfalt, die Musikkunst in Deutschland gefährdet“, behauptet Joachim Kirschstein, Marketingleiter von Universal Music.

Verlustfreie Kopie, (vollständige) Entkopplung von Inhalt und (materiellem) Träger, Breitbandnetzwerke und die Software, sie effizient zu nutzen (P2P, Napster, et al.): Die Möglichkeiten, Medien zu erhalten, zu benutzen, zu vervielfältigen und zu verbreiten, haben von der technischen Weiterentwicklung der Informationstechnologie sicher profitiert. Obwohl noch vor wenigen Jahren solche Entwicklungen als „Wissensgesellschaft“, als Revolution bezeichnet wurden, lautet der heute eher übliche Term „Piraterie“. Um dagegen vorzugehen, betreibt die betroffene Industrie im Moment technische Forschung (Digital Restriction Management DRM, TCPA, etc.) und international intensive Lobbyarbeit zur Durchsetzung neuer, restriktiver Gesetzgebung.

Ob Störtebecker allein für das Vorbeifahren an Hanseschiffen und dem verlustfreien Kopieren ihrer Ladung hingerichtet worden wäre, sei einmal dahingestellt; „unrechtmäßige“ Kopien werden schon recht lange mit dem Begriff „Piraterie“ verunglimpft.

Bis jetzt gibt es auf der Welt zwei Traditionen der Institutionalisierung „geistigen Eigentums“ (= intellectual property, IP), das eher europäische „droit d’auteur“, das eher angelsächsische „copyright“. Beide Konzepte setzen an anderer Stelle an, auch wenn im all-

täglichen Sprachgebrauch beides synonym benutzt wird.

Das klassische „Urheberrecht“ ist das Recht der AutorInnen an „ihren“ Werken, ihrer „Schöpfung“; es soll die kreative Leistung, das Hervorbringen von etwas Neuem honorieren und schützen, indem es der AutorIn einige (unveräußerliche) Rechte an ihrem Werk einräumt. Diese Rechtstradition will das Entstehen von neuen Werken fördern und der Arbeit von „Kreativen“ eine gewisse Rechtssicherheit (und damit in Marktgesellschaften auch eine ökonomische Sicherheit) bieten.

Das „copyright“ ist, wie der Name schon sagt, das Kopier- und Vervielfältigungsrecht der Verlage; es sichert die Verwertbarkeit der Produkte durch ein Bündel von Verwertungsrechten. Hier gehen mit Vertragsabschluss alle Rechte von der AutorIn auf die VerwerterIn, die Förderung neuer Werke ist hier im Grunde ausgegliedert an die Verlage; in der Theorie benutzen sie ihre Gewinne dazu.

Ein Kunstwerk ist kein Tisch

Es ist umstritten, was überhaupt als IP gelten kann, manchmal muss eine „kreative, schöpferische“ Leistung extra nachgewiesen werden, andernorts reicht es aus, Kopierschutz für das Werk angemeldet zu haben (völlig unabhängig vom Inhalt). Beide Traditionen müssen „geistiges Eigentum“ trotzdem erst konstruieren; im Gegensatz zu „normalen“ Gütern und Produkten, z.B. ein Tisch, den man hat oder eben nicht hat, geht das Werk an sich, die u.U. erbrachte kreative Leistung der AutorIn durch eine Weitergabe, eine Kopie ja nicht verloren, „nur“ die Verwertungschancen werden beeinträchtigt. Die Verwertbarkeit auf Märkten ergibt sich lediglich aus dem juristischen Konstrukt des IP; anders als bei den übrigen Produkten müssen hier Ausschlussrechte extra definiert werden, der Verkauf (und das Verlegen) einer Kopie macht nur Sinn, wenn kostenlose Kopien vorher verboten wurden.

So begann das „copyright“ in England auch als Monopol für eine bestimmte Druckerei. Ihr wurden im Rahmen der damals üblichen höfischen Günstlingswirtschaft ausschließliche Vervielfältigungsrechte an einem bestimmten Werk eingeräumt, um ihr Monopolgewinne zu ermöglichen.

Die Funktion dieser Regelungen zu IP ist neben der Sicherung von Urheber- und Investitionsschutz der Ausgleich zwischen diesen materiellen Interessen und dem Interesse der Öffentlichkeit an ungehindertem Zugang zu Informationen, Wissen und Kultur. Es gibt keine genialischen Schöpfungen kreativer

Einzelner, sondern der möglichst freie Zugriff auf verfügbare Quellen ist die Voraussetzung für „Innovation“, die Erzeugung neuen Wissens, neuer „intellektueller Produkte“.

Jeder AutorIn benutzt, bewusst und unbewusst, in gewisser Weise alle Bücher, die er/sie je gelesen hat als Vorlage, jeder MusikerIn hat als Background Jahrhunderte von Musik, die alle auf dieselbe Weise entstanden sind: als Rekombination, als Neuinterpretation des schon Bestehenden in einem anderen Kontext.

Sowohl die kostenlose Kopie als ihr Verbot erfüllen in diesem Zusammenhang eine gesellschaftliche Funktion. „Der oberste Gerichtshof [der USA] erkannte: Die unmittelbare Wirkung unseres Copyright-Gesetzes ist es, dem ‘Autoren’ ein faires Einkommen für seine kreative Arbeit zu sichern. Doch das eigentliche Ziel ist es, durch diesen Anreiz die künstlerische Kreativität zum Wohle der breiten Öffentlichkeit anzu-spornen.“ Die US-Verfassung sichert „AutorInnen“ für eine begrenzte Zeit das ausschließliche Recht an ihren Werken“; diese begrenzte Zeit betrug ursprünglich 14 Jahre, sie wurde inzwischen 13 mal verlängert (zweimal in den ersten 150 Jahren, 11 mal in den letzten 40). Da die Verlängerungen immer spätestens dann durchgesetzt wurden, als Eigentum des Disney-Konzerns copyrightfrei zu werden drohte, nennen Spötter es nur noch „Mickey-Mouse-Law“ (bzw. hier „Lex Bertelsmann“). Ironie der Geschichte: die USA selbst haben von 1790-1890 das copyright ausländischer Verlage ignoriert, um ihre eigene Verlagsbranche zu stärken.

Seine ursprüngliche Funktion des Ausgleichs kann eine solche Regelung nicht mehr erfüllen. Die Contentindustrie, die Verwerter zwischen „AutorInnen“ und KonsumentInnen benutzen IP als Vorwand, um sich „neue Märkte“ zu erschließen, indem sie den Zugriff auf Inhalte regeln, kontrollieren und abrechnen. Dies werden nur zum Teil Inhalte sein, die Konzerne selbst „produziert“ haben, ihre Marktmacht ermöglicht ihnen auch den Rest aufzukaufen. Der Bereich der „public domain“, des frei Verfügbaren, die Grundlage „kreativen“ Schaffens wird in Zukunft wohl kleiner werden.

dek

:bszkolumne Relative Rechtschreibung

Die Mannheimer Duden-Redaktion sieht ihre Existenzberechtigung noch in dem Auftrag, „die Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschsprachigen Raum zu sichern“. Vielleicht aber sind die Damen und Herren GermanistInnen dort schon bald arbeitslos. Längst nämlich wenden sich sprachliche Orientierung Suchende an das World Wide Web und sind Schreibweisen nicht einfach nur noch richtig oder falsch, geschweige denn einheitlich, sondern höchstens noch relativ richtiger als andere.

Dank Google stehen die Lösungen sprachlicher Zweifelsfälle, die uns schon immer umgetrieben haben, jederzeit offen. Hart etwa tobt der Kampf Drogenunabhängiger um das korrekte Genus von „Bong“ zwischen VertreterInnen der maskulinen und der femininen Fraktion, die versprengten Neutrum-Renegaten nicht zu vergessen. Google klärt auf: 909 Treffer für „die Bong“, 1.010 für „der Bong“, womit die weibliche Form knapp den Sieg davon getragen haben dürfte, ist „der Bong“ doch schließlich auch Femininum Genitiv und Dativ. „Das Bong“ erzeugt übrigens nur 60 Treffer, immerhin.

Dass überlieferte Regeln nicht völlig ignoriert werden, zeigt zwar das Verhältnis von nur 71 „Atlase“ gegenüber 59.100 „Atlanten“. Lediglich 705 Treffer hingegen für das richtige „Kakerlak“ gegenüber 5.440 für das falsche „Kakerlake“ scheinen eher anzudeuten, dass der Duden das Papier, auf dem er gedruckt wurde, nicht wert ist. Auch die Meinung der MannheimerInnen, „die eingedeutschte Form die Streike“ sei korrekt, scheinen nicht viele SprachnutzerInnen zu teilen: Null Treffer gibt’s für diese Form, 1.780 dagegen für „die Streiks“.

Brennend interessiert uns natürlich auch, wie sehr die orthographische Reaktion in Gestalt der Redaktionen von konkret und FAZ in der Lage war, die Durchsetzung der neuen Rechtschreibung zu blockieren. Die Ersetzung von „ß“ durch „ss“ in einigen Fällen scheint viele FreundInnen gefunden zu haben: „dass“ kann sich mit 4.630.000 gegen „daß“ (3.810.000) behaupten, selbst wenn man Webseiten aus der Schweiz von der Suche ausschließt. Sucht man hingegen gezielt nach Begriffen, die ausschließlich im Kernmilieu der vermuteten AblehnerInnen, also klugscheißenden AkademikerInnen, in Gebrauch sind, ändert sich das Bild. So ist die Anzahl der Treffer für „Monografie“ (3.750) gerade ein Zehntel der für „Monographie“ (37.100).

Ein schöner Fall von Bereicherung der Muttersprache ohne Anleitung durch einschränkende Regelwerke findet sich, wenn man nach einem Wort sucht, das der Duden vornehm gänzlich schweigt: Beachtliche 873.000 Treffer

gibt es für „Votze“, mehr als halb so viele wie für die verbreitetere Schreibweise mit „F“ (1.530.000). Von wo sprachliche Innovationen in Zukunft ihren Ausgang nehmen werden, zeigen auch Google-Versuche mit „vicken“ (18.300 Treffer), „bumssen“ (16.900) oder „Titen“ (56.400). Wir jedenfalls sehen der Aufnahme von Kennziffern für die prozentuale Verbreitung verschiedener Schreibweisen in den Duden mit Spannung entgegen.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Mona Beumers, Gerd Krauss, Jan Reinecke, Kristin Schwier

Redaktion dieser Ausgabe: Daniel Kloda (dek), Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc), Verena Witte (vw)

V.i.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>